

profil: GRÜN

Bundestagsfraktion



freie Information

Brennpunkt: REFORM DES FÖDERALISMUS K. Sager & R. Steenblock – *Porträt:* FRIEDRICH OSTENDORFF – *Thema:* ALTENPOLITIK I. Schewe-Gerigk – *Im Gespräch:* VERSORGENGS-SICHERHEIT UND KLIMASCHUTZ R. Loske & K. Rauscher – *Reportage:* FRAKTIONS-RALLYE

02 | 05

Inhalt

EDITORIAL 1

Volker Beck

GRÜNE IM BLICK 2

TITEL 4

Mit offenen Akten

Grietje Bettin & Silke Stokar

BRENNPUNKT 8

Nach der Kommission
ist vor der Reform

Krista Sager & Rainer Steenblock

PORTRÄT 10

Ackern im Bundestag

Friedrich Ostendorff

MAGAZIN 12

THEMA 16

Sag mir erst, wie alt du bist

Irmgard Schewe-Gerigk

IM GESPRÄCH 18

Zwischen Versorgungssicherheit
und Klimaschutz

Dr. Reinhard Loske und

Dr. Klaus Rauscher

REPORTAGE 20

Auf Fraktionsrallye

MEINUNG 21

Multikulti ist noch kein Konzept

Marieluise Beck

Impressum

HERAUSGEBERIN: Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, 11011 Berlin,
T. 030 / 227 56789, F. 030 / 227 56552,
E-Mail: info@gruene-fraktion.de

V.I.S.D.P.: Petra Kirberger

REDAKTION: Ute Füllgrabe, Michael
Hadamczik, Gisela Hüber, Herta Parchent

GESTALTUNG: Jakina Wesselmann, Stefan
Kaminski

DRUCK: Dierich Medien-Gruppe

AUFLAGE: 70.000, erscheint auch als
Anzeige im „schrägstrich“

REDAKTIONSSCHLUSS: 28.01.2005

PAPIER: 90 g Recymago

WWW.GRUENE-FRAKTION.DE

Liebe Leserin

Die Flutkatastrophe in Südasien war für uns alle ein Schock. Nach letzten Schätzungen haben mehr als 250.000 Menschen am Morgen des 26. Dezember ihr Leben verloren. Unfassbar. Tausende Kinder wurden zu Vollwaisen, ganze Ortschaften wurden von den Fluten weggespült, viele Menschen gelten noch als vermisst. Die meisten von ihnen werden wohl nie wieder zurückkehren. Und wie so oft bei Naturkatastrophen, auch diesmal hat es vor allem die Ärmsten der Armen getroffen. Die Bevölkerung in Deutschland hat beeindruckend ihre Solidarität mit den Menschen in den betroffenen Regionen unter Beweis gestellt. Noch nie wurde ein Spendenvolumen in dieser Höhe erreicht. In Zeiten, in denen viele in Deutschland finanzielle Einschnitte erleben, war mit einer Hilfe solchen Ausmaßes sicher nicht zu rechnen. Ein Hoffnungszeichen für die Perspektiven der Entwicklungspolitik. Beeindruckend war und ist auch das entschlossene und beherrzte Engagement der Helferinnen und Helfer, die unter den schwierigen Bedingungen vor Ort Schwerstarbeit leisten.

Auch die Neujahrsklausur in Wörlitz stand im Zeichen der Ereignisse von Südasien: Joschka Fischer hat uns ausführlich über seine Reise in die betroffenen Länder informiert. Die Fraktion hat ihm, wie der ganzen Bundesregierung, für seine angemessene und entschlossene Reaktion auf die Tragödie gedankt.



Lieber Leser

Im Zentrum von Wörlitz stand das Thema „Weg vom Öl“. Unser Ziel ist es, die unverantwortliche, sicherheitspolitisch äußerst riskante Abhängigkeit von der endlichen Ressource Erdöl zu beenden. Wir setzen dabei auf umfassende Effizienzsteigerung und Energiesparen sowie den Ersatz fossiler Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe. Deutschland nimmt in diesem Bereich bereits heute – nicht zuletzt auch aufgrund unseres Einflusses – eine Spitzenposition ein. Diese wollen wir weiter kontinuierlich ausbauen. Wir Grünen werden auch in Zukunft bei diesem Thema in Deutschland der Reformmotor und Impulsgeber sein.

Das Jahr 2005 wird die Bewährungsprobe und der Praxistest für eine Reihe von wichtigen Reformen, die Rot-Grün in den letzten zwei Jahren verabschiedet hat. Das Arbeitslosengeld II ist erfolgreich gestartet. Die Einführung von Hartz IV hat, abgesehen von einigen kleinen Pannen, reibungslos geklappt. Hier war gut vorgearbeitet worden. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunen und der Arbeitsagenturen vor Ort gebührt unser Dank für ihren Einsatz. Für eine Bilanz ist es jedoch noch viel zu früh. Wir werden in den nächsten Monaten mit großer Aufmerksamkeit beobachten, ob wir bei diesem wichtigen Bestandteil einer grundlegenden Umgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nachjustieren müssen.

Das Thema Nebentätigkeiten von Abgeordneten hat viele Gemüter erregt. Die grüne Bundestagsfraktion will durch klare und transparente Regelungen politische Einflussnahme mit Geldzahlungen verhindern. Abgeordnete, die neben ihrem Mandat noch eine Tätigkeit ausüben, verhalten sich nicht rechtswidrig. Aber es kann nicht angehen, dass Gelder von Unternehmen fließen, ohne dass dafür eine entsprechende Gegenleistung ersichtlich ist. Hier besteht die Gefahr einer unzulässigen politischen Einflussnahme. Wir wollen deshalb mit konsequenteren Meldepflichten und Sanktionen sicherstellen, dass das Prinzip der Unabhängigkeit des Mandates zur Geltung kommt.

Die Union hat versucht, den Mord an Rudolph Moshhammer schamlos zu instrumentalisieren, um wieder einmal den flächendeckenden genetischen Fingerabdruck zu fordern. Im Rechtsstaat müssen Grundrechtseingriff und Belange der öffentlichen Sicherheit gegeneinander abgewogen werden. Wir werden dieses wichtige kriminalistische Instrument nur unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit einsetzen. Deshalb werden wir am Richtervorbehalt zum Grundrechtsschutz festhalten und die Speicherung nur zur Verhinderung erheblicher Straftaten erlauben. So bringen wir Sicherheit und Rechtsstaat zusammen.

Um bessere Transparenz der Politik und den Schutz der persönlichen Daten des Einzelnen geht es auch in der Titelgeschichte dieser Ausgabe von profil:GRÜN. Wir wollen demnächst im Bundestag das Informationsfreiheitsgesetz beschließen – ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Bürgerrechte in unserem Land.

Euer Volker Beck



Foto: J.Schlueter/ddp

plus 25 Jahre

Ein ganz privates Jubiläum feierte Ekin Deligöz, nämlich 25 Jahre Deutschland. Im November 1979 war die Achtjährige allein mit ihrer Mutter, mit zwei Koffern und 100 D-Mark in der Tasche in München gelandet. Fünf Jahre sollten es zunächst sein, nun ist Ekin bereits 25 Jahre hier, seit neun Jahren hat sie einen deutschen Pass. An die türkischen Dönerbuden – „Dafür hätten wir nicht so lange fliegen müssen!“ – hat sie sich inzwischen gewöhnt.

plus für die Ewigkeit

Das Ja-Wort hat Uli Höfken ihrem Lebensgefährten im Dezember 2004 gegeben – nach immerhin zehn „Testjahren“. Paten dieser privaten Koalition: Joschka Fischer, den Höfken 1994 etwas unwillig auf einer Veranstaltung der IG Bau vertrat und dabei ihren Mann kennenlernte, und Klaus Wiese, der damals dazu eingeladen hatte.

Eine private rot-grüne Koalition gingen auch Grietje Bettin und Ditmar Staffelt ein. Ihre „Teststrecke“: immerhin vier Jahre. Wir wünschen allerseits viel Glück!

25 Jahre

Zwei links, zwei rechts und ja keine fallen lassen! Strickende Frauen und Männer gehören doch eigentlich zu längst vergangenen grünen Tagen. Nicht ganz, wie uns der Bundesvorstand lehrte. Zum 25-Jährigen der Parteigründung verschenkte er bei der Klausurtagung in Wörlitz grüne Wolle und Stricknadeln an alle. Auf dass niemand den grünen Faden verliere.

Kurzweilig

Ob Hardrock, Rhythm & Blues, Soul oder Punk-Rock – DJ Rezzo fand am 22. Januar in der Berliner Kalkscheune stets den richtigen Groove um die Massen in Bewegung zu setzen. Von The Kinks' „You really got me“ über AC/DCs „Highway to Hell“ bis hin zu Outcasts „Hey Ya“ ging die Zeitreise durch die Musikgeschichte. Bis in die frühen Morgenstunden hielt DJ Rezzo die Menge am Kochen, um sich dann schließlich mit dem Ruf „Rock'n Roll will never die“ von den schwitzenden Tänzern zu verabschieden.

Ruhm ...

Voller Schwung und Transparenz, so sieht er aus, der JobRotation-Award. Seit dem 19. Dezember 2004 schmückt er das Büro unserer arbeitsmarktpolitischen Sprecherin und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thea Dückert. Diese war 2002 maßgeblich daran beteiligt, das Instrument der Job-Rotation in der deutschen Arbeitsmarktpolitik zu verankern. Ehrentwert, fand auch der Bundesverband JobRotation, der sich für die Förderung des lebenslangen Lernens einsetzt.

... und Ehre

Gute Mittelstandspolitik hat einen Namen: Christine Scheel. Als erste Grüne (und als erste Frau!) erhielt sie den „Kustos des mittelständischen Unternehmertums 2004“, einen der bedeutendsten mittelstandsorientierten Preise in Deutschland. Die markt intern Verlagsgruppe ehrte Scheel für ihren langjährigen und herausragenden Einsatz für die Belange der mittelständischen Unternehmen.



Foto: C.Netiner



Dauerhaft

Aufgewachsen ist sie im Süden von Leipzig, wo in den 80er Jahren Umweltverschmutzung hautnah erlebbar war. Ihre ersten politischen Schritte machte sie denn auch in einer Umweltinitiative. Spätestens seit der Wende ist Monika Lazar (li.) dauerhaft politisch aktiv. Seit 1. Januar ist sie für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Aus der Saar-Lor-Lux Region frisch in den Bundestag zog Jutta Krüger-Jacob (re.). Hier wird die gelernte Juristin vorwiegend ihr Fachwissen in Sachen Finanzen einsetzen. Herzlich Willkommen, Monika und Jutta!

+++ Tom Koenigs ist neuer Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Koenigs, der zuletzt für die Vereinten Nationen in Guatemala und im Kosovo war, tritt die Nachfolge von Claudia Roth an. +++ Monika Lazar ist neues Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. +++ Ekin Deligöz hat turnusgemäß den Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages übernommen. +++

Gewertet

Eine Regierungspartei, die Hymne und Fahne ablehnt? „Mit den Symbolen haben wir es nicht so“, gibt Schlauch zu. Dafür stehe die Wertepartei für Weltoffenheit und Toleranz. Nur beim Thema Deutschland gilt die Toleranz nicht. „Allein das Wort ‚deutsch‘ verursacht bei uns doch Pickel“, sagt Werner Schulz, einer der letzten Ost-Mohikaner der Grünen-Fraktion. Der Selbsthaß deutscher Intellektueller hat, so Schulz, bei den Grünen fröhliche Heimstatt.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. Dezember 2004

Gewettert

Was hat man diesen Frauen bloß in den Kaffee getan? Sie sind doch sonst nicht so. Vermutlich eine Retro-Droge, die sie in das Jahr 1975 zurückversetzt. Es berührt einen jedenfalls sehr nostalgisch, wenn man sieht, wie in diesen Tagen für ein strafbewehrtes Verbot heimlicher Vaterschaftstests gestritten wird. Biggi Bender zum Beispiel, eine sonst ausgesprochen vernünftige Sozialpolitikerin schmettert: „Es darf keinen Bonus geben für männliche Feigheit.“ Das ist wohl wahr. Nur geht es ihr darum ja gar nicht, vielmehr möchte sie „männliche Feigheit“ mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestrafen. Außerdem erklärte Frau Bender, Frauen und Kinder seien „mindestens“ so schutzbedürftig wie Männer. Mindestens?

Der Tagesspiegel, 8. Januar 2005

Geknirscht

Ein veritabler Koalitionskrach ist das nicht, was Rot-Grün da am Beispiel Ökosteuer ausfechten. Da hat man weit lautere Konflikte erlebt. Aber es knirscht im Gebälk. Wo seit Monaten Harmonie eingezogen war, winken plötzlich wieder zwei notorische Unruhestifter aus der Ecke: das unterschiedliche Profil von SPD und Grünen, das beide zu unterschiedlichen Rücksichtnahmen auf ihre jeweilige Wählerklientel zwingt und das ungleiche Tempo, das die Koalitionäre manchmal einschlagen. Da sorgt allein die ungeduldige Gangart des kleinen Partners beim großen für Verstimmung.

Frankfurter Rundschau, 12. Januar 2005

Gefeiert

Die Gestaltungsgrünen von heute aber blicken nach vorn. Ein bißchen erinnern sie an ein Ehepaar, das allen Anfechtungen und Krächen zum Trotz beieinander geblieben ist und nun zur Silberhochzeit [25 Jahre nach der Parteigründung, Anm. d. R.] eine Weltreise unternimmt, statt ein Fest zu geben, weil es sich mit gelindem Grauen an die anzüglichen Hochzeitsreden von damals erinnert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Januar 2005

Einfach gut

... was die grüne Delegation Ende November 2004 in Kiew erleben durfte.

Katrin Göring-Eckardt, Rainer Steenblock und Rebecca Harms sind gerade in der deutschen Botschaft, als die Nachricht eintrifft: Das Parlament hat die Wahlen für ungültig erklärt. Neuwahlen. Das will auch die Bevöl-

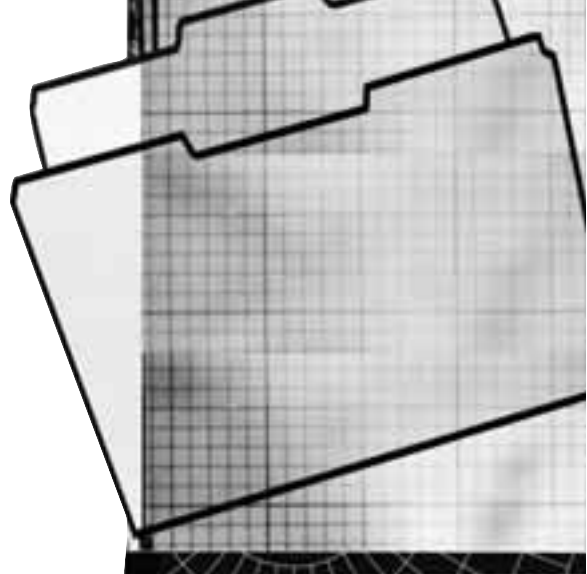


kerung auf dem Unabhängigkeitsplatz. Zehntausende? Hunderttausende? Zählen kann das keiner mehr. Die Delegation wird dort von einer Mitarbeiterin Wiktor Juschtschenkos erwartet, die sie durch ein Meer aus Orange zur Bühne führt. Fröhliche, optimistische, glückliche Gesichter so weit das Auge reicht. Und immer wieder der gemeinsame Ruf: „Jusch-tschen-ko!“



Als die Delegation die Bühne betritt, zeigt der aufbrausende Beifall, wie wichtig die Unterstützung aus dem Ausland für diese Bewegung ist. Katrin Göring-Eckardt hält ihre Rede auf russisch. Sie überbringt Grüße von Joschka Fischer und verbindet die Unterstützung durch Bündnis 90/Die Grünen mit ihren eigenen Erfahrungen 1989 in der DDR: „Ihr seid das Volk – ein einiges Volk.“

Vier Wochen später gewinnt Wiktor Juschtschenko bei den Neuwahlen. Gewonnen hat vor allem die Bewegung für Demokratie und Recht in der Ukraine.



Dem Staat und seinen Behörden zwischen die Aktendeckel schauen. Wer würde das nicht gerne mal? Die grünen Abgeordneten Silke Stokar und Grietje Bettin haben einiges dazu beigetragen, das möglich zu machen.

Mit offenen Akten

VON GRIETJE BETTIN

Sie sind gut informiert, aber Sie würden gern mehr wissen. Zum Beispiel, welche Prognosen über das Verkehrsaufkommen auf den Autobahnen denn dem Bundesverkehrsminister vorliegen. Demnächst muss Ihnen geholfen werden. Denn auf Informationen von Bundesbehörden hat künftig jeder einen Anspruch – egal ob Deutscher oder Ausländer. Der Zugang zu amtlichen Vorgängen und Akten der öffentlichen Verwaltung wird weit geöffnet. Damit nimmt der Gesetzgeber Abschied vom „Prinzip des Amtsgeheimnisses“ und ersetzt es durch das „Prinzip der Öffentlichkeit“ der Verwaltung. Eine fast schon revolutionäre Entwicklung.

Sie war überfällig, denn in Sachen Informationsfreiheit ist Deutschland eher ein Entwicklungsland. Bislang gibt es Informationen nur unter bestimmten Voraussetzungen, zum Beispiel für Beteiligte eines bereits laufenden Verfahrens. Nach dem neuen Informationsfreiheitsgesetz (IFG) muss man kein besonderes Interesse mehr an der Information darlegen, der Antrag muss nicht begründet werden. Das Gesetz regelt darüber hinaus, dass Behörden künftig aktiv von sich aus informieren – besonders übers Internet.

Das Informationsfreiheitsgesetz wird überall da gelten, wo der Bund allein zuständig ist, vor allem in Bundesbehörden. Aber auch Unternehmen, die Verwaltungsaufgaben im Auftrag des Bundes erfüllen, verpflichtet das neue Gesetz zur Information.

Informationsfreiheit – ein Bürgerrecht

Wer seine Bürgerrechte wahrnehmen will, braucht Informationen. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört eine bürgerorientierte, transparente Verwaltung. Die Menschen sollen wissen, was in der Verwaltung abläuft, wie Behörden arbeiten und wie Entscheidungen zu Stande kommen.

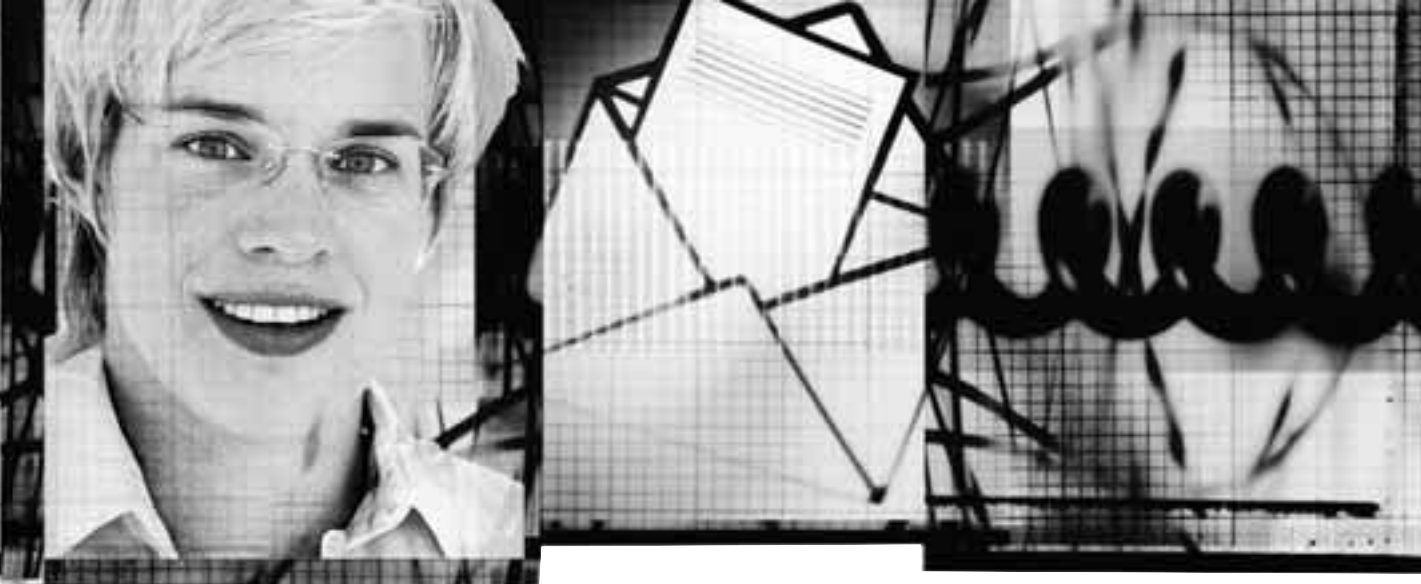
Transparenz ermöglicht demokratische Kontrolle von unten, schafft aber auch Vertrauen und ist damit wiederum eine wichtige Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Bürger und Verwaltung. Eine moderne Verwaltung versteht sich nicht als Obrigkeit, die ihre Karten verdeckt hält und ihr Herrschaftswissen für sich behält. Sie soll vielmehr Partner sein, ein Dienstleister, der seine Informationen für die Bürger bereitstellt.

Das Gesetz stärkt also nicht nur die Bürgerrechte, es bringt darüber hinaus Schwung in die Modernisierung unserer Verwaltung. Gut am neuen Gesetz ist auch, dass eine Behörde nun begründen muss, warum sie gewünschte Informationen nicht herausgibt. Für das Gesetz ist der Bundesdatenschutzbeauftragte zuständig. Er wird dafür sorgen, dass Transparenz und informationelle Selbstbestimmung nicht gegeneinander stehen, sondern beide zu ihrem Recht kommen.

Warum nicht gleich so ...

Informationsfreiheit gibt es in den USA schon lange. Der Freedom of Information Act ist dort seit den 60er Jahren in Kraft. Auch die meisten europäischen Länder garantieren Informationsfreiheit. Die Liste reicht von Skandinavien über Frankreich, Spanien, Portugal, Niederlande, Griechenland, Italien, Belgien, Irland und Österreich bis nach Polen, Tschechien und Ungarn. Auch die Russische Föderation macht da keine Ausnahme. Für die EU und ihre Behörden gibt es seit Mai 2002 ein Informationsfreiheitsgesetz, bereits seit 1993 war der Informationszugang dort gängige Praxis.

In Deutschland haben Bündnis 90/Die Grünen – lange Zeit allein auf weiter Flur – für ein Informationsfreiheitsgesetz gekämpft. 1993 legte die damalige Bundestagsgruppe einen ersten Antrag vor. 1998 und erneut 2002 war das Informationsfreiheitsgesetz Bestandteil des rot-grünen Koalitionsvertrages. Im Dezember 2004 wurde es nun endlich in den Bundestag eingebracht. Wir wollen, dass es Mitte dieses Jahres fertig ist.



... und warum nicht gleich ganz?

Der Bundestag könnte auch ein Gesetz beschließen, das neben den Bundesbehörden auch die Länder bindet, soweit sie im Auftrag des Bundes handeln. Damit wären u. a. auch wesentliche Teile der Umwelt- oder Finanzbehörden der Länder zur Offenheit verpflichtet.

Ein Informationsfreiheitsgesetz für die Auftragsverwaltung in den Ländern bedürfte aber der Zustimmung des Bundesrats. Angesichts der Blockadepolitik der Union würde damit wohl das gesamte Gesetz scheitern. Deshalb gibt es vorerst ein Gesetz für die Bundesbehörden.

Immerhin haben die Länder Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen eigene Informationsfreiheitsgesetze, die auch den Bereich der Auftragsverwaltung abdecken.

Informationsfreiheit praktisch

Ein fiktives Beispiel: Herr Hohenfeld aus Leipzig wendet sich schriftlich an den Bundeswirtschaftsminister. Er möchte wissen, ob Gutachten über die strukturpolitischen Folgen der geplanten Schließung von Bundeswehrstandorten in Sachsen vorliegen. Im Bundeswirtschaftsministerium gibt es solche Gutachten nicht. Es verweist den Fragesteller an das zuständige Bundesverteidigungsministerium und rät dazu, auch im sächsischen Wirtschaftsministerium nachzufragen. Wie die sächsischen Behörden mit der Anfrage umgehen, liegt in ihrem Ermessen. Das Bundesverteidigungsministerium verfährt nach dem IFG. Es verfügt über ein solches Gutachten, prüft zunächst, ob Gründe gegen die Herausgabe sprechen oder ob einzelne sicherheitsrelevante Textpassagen unlesbar gemacht werden müssen. Schließlich kommt es seiner gesetzlichen Verpflichtung nach und gibt das Gutachten an Herrn Hohenfeld weiter. Dazu ist es auch dann verpflichtet, wenn zu erwarten ist, dass das Gutachten ein schlechtes Licht auf die Entscheidungen des Ministeriums wirft.

Die Herausgabe der Information kann mündlich, schriftlich oder durch Einsichtnahme vor Ort erfolgen. Das Gesetz gibt den zur Auskunft verpflichteten Behörden die Möglichkeit, für ihren Verwaltungs- und Personalaufwand in angemessenem Rahmen Verwaltungsgebühren zu erheben und sich Auslagen erstatten zu lassen.

Kommt die Behörde zu dem Ergebnis, dass gar nichts herausgegeben werden darf, lehnt sie den Antrag – mit entsprechender Begründung – ab. Dafür hat sie höchstens einen Monat Zeit, in komplexen Fällen

bis zu zwei Monaten. Gegen die Ablehnung kann Widerspruch und schließlich Klage erhoben werden.

Keine Regel ohne Ausnahme

Natürlich wird auch im Zeitalter der Informationsfreiheit keine Behörde wahllos Informationen herausgeben. Vor allem, wo die Rechte Dritter berührt sind und in Sicherheitsfragen gilt es abzuwägen. Gegenüber dem öffentlichen Interesse wäre es überdies nicht zu vertreten, wenn die Offenbarung von Informationen eine wirksame Rechtsdurchsetzung vereiteln oder behördliche Entscheidungsprozesse beeinträchtigen würde.

Unternehmen haben das berechtigte Interesse, dass niemand von der Konkurrenz auf dem Umweg über Behörden an wettbewerbsrelevante Interna herankommt. Ein aktuelles Beispiel wären etwa Unterlagen zur Kostenkalkulation und technischen Details des LKW-Mautsystems Toll Collect.

Auch bei personenbezogenen Informationen gibt es enge Grenzen. Erst kommt der Datenschutz, dann die Informationsfreiheit. Sicherheitsrelevante Informationen können und müssen zum Teil ebenfalls zurückgehalten werden. Wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet würde oder die Herausgabe sich nachteilig auf die äußere Sicherheit oder sicherheitsempfindliche Belange der Bundeswehr auswirken könnte, bleibt das Wissen der Behörden auch künftig exklusiv. Wir erwarten aber gerade von den Sicherheitsbehörden – auch von den Geheimdiensten, dass sie von sich aus mehr Transparenz schaffen. Erste Ansätze gibt es hier, sie reichen aber längst noch nicht aus.

Ausnahmen gelten auch, wenn die internationalen Beziehungen Schaden nehmen könnten oder die externe Finanzkontrolle beeinträchtigt würde, z. B. beim Bundesrechnungshof. Speziellere Gesetze, die den Zugang zu bestimmten Informationen regeln, etwa das Meldegesetz, das Stasi-Unterlagengesetz oder das Umweltinformationsgesetz, haben Vorrang vor dem IFG. Generell nicht betroffen sind von dem Gesetz der Bundestag als Legislativorgan und die Bundesgerichte – es sei denn, sie handeln als Verwaltung.

Grietje Bettin ist medienpolitische Sprecherin.

→ weiter auf S. 6



„Auf einen Regierungsentwurf hätten wir wohl vergeblich gewartet.“

Silke Stokar über das neue Informationsfreiheitsgesetz

profil:GRÜN: Als grüne Abgeordnete im Innenausschuss gehören Sie zu den Müttern des Informationsfreiheitsgesetzes. Was freut Sie besonders?

Stokar: Dass wir endlich Transparenz bekommen. Wir sehen es doch in anderen Bereichen wie der Bekämpfung der Korruption oder der öffentlichen Auftragsvergabe: Wo Transparenz fehlt, fehlt auch das Vertrauen der Menschen in die Politik und die handelnden Personen.

Das bisherige Machtverhältnis zwischen Bürger und Verwaltung wird jetzt umgekehrt. Die öffentlichen Akten sind grundsätzlich offen, eine Auskunftsverweigerung muss die Verwaltung begründen. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz schaffen wir eine Kultur der Offenheit.

profil:GRÜN: Warum kam das Gesetz nicht schon in der letzten Legislaturperiode?

Stokar: Das Gesetz scheiterte damals am Widerstand der Ressorts und der Wirtschaft. Die Koalitionsfraktionen haben nun das Heft des Handelns selbst in die Hand genommen und sich gegen die Bedenken-träger durchgesetzt. Auf einen Gesetzentwurf von Seiten der Regierung – das wäre das übliche Verfahren – hätten wir wohl auch in dieser Legislaturperiode vergeblich gewartet. Die Verwaltung ist ganz offensichtlich überfordert, sich selbst mehr Offenheit zu verordnen. Aber die Informationsgesellschaft hat sich im Internet-Zeitalter weiterentwickelt. Also mussten die Fraktionen handeln.

profil:GRÜN: Hätten wir die Auskunftspflicht der Behörden schon seit langem – wo hätten Sie schon mal nachgefragt?

Stokar: Als Abgeordnete des Bundestages habe ich bereits Frage- und Auskunftsrechte. In meiner Zeit in Niedersachsen hätte ich allerdings zu gerne gewusst, wie viel Geld nach dem Regierungs- und Parlamentsumzug eigentlich durch den Einsatz privater Sicherheitsdienste für den Schutz von Regierungsbehörden ausgegeben wurde. Und ob die Mindeststandards für private Sicherheitsdienste bei der öffentlichen Auftragsvergabe wirklich immer eingehalten wurden.

Auf der Bundesautobahn zwischen Berlin und Hannover wird ständig gebaut. Ein Blick in das Baubuch, aus dem Anlass und Kosten der

Maßnahmen hervorgehen, würde mich schon auch sehr interessieren.

profil:GRÜN: Gibt es nicht schon genug Informationen, die keiner mehr verarbeiten kann?

Stokar: Die Menge der Informationen sagt wenig über die Qualität der Information aus. Die freiwillig veröffentlichten Texte sind oft interessengeleitet. Sie enthalten oft mehr Wertung als Sachinformation. Ich will mir selbst ein Bild machen und dafür brauche ich Einblick in die Originalunterlagen.

profil:GRÜN: Aus Wirtschaftskreisen hieß es, das Gesetz sei wirtschaftsfeindlich. Was wird befürchtet?

Stokar: Ein wundersames Vorurteil, wenn man weiß, dass in den USA der größere Teil der Anfragen von Unternehmen kommt, von unterlegenen Mitbewerbern um öffentliche Aufträge zum Beispiel. Die Wirtschaft hier befürchtet Wettbewerbsnachteile, wenn Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse öffentlich zugänglich sind. Aber genau dieses Schutzbedürfnis haben wir hinreichend berücksichtigt. Auch unsere Wirtschaft wird die Vorteile durch das Informationsfreiheitsgesetz bald erkennen. Sie kann einfacher und schneller als bisher auf staatliche Informationen zurückgreifen. Das Informationsfreiheitsgesetz stärkt vor allem die Kleinen: Mittelstand und Handwerk.

profil:GRÜN: Greift ein Gesetz für den Bund allein nicht zu kurz?

Stokar: Ja. Ich wünsche mir ein Gesetz, das bundeseinheitlich für alle Staatsebenen gilt, für den Bund, die Länder und die Kommunen. Dies ist aufgrund der Ablehnung durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat derzeit nicht möglich. Auch große Reformen beginnen mit kleinen Schritten, deswegen starten wir jetzt mit einem Kompromiss, der im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist.



profil:GRÜN: Wie steht es um den Schutz personenbezogener Daten? Werden mit der besseren Transparenz der Verwaltung auch die Bürger ein bisschen gläserner?

Stokar: Nein, gläsern wird nur der Staat. Das Gesetz schützt die persönlichen Daten. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz wird mit dem Gesetz gleichzeitig Informationsbeauftragter. Die Abwägung zwischen informationellem Selbstbestimmungsrecht und Informationsfreiheit ist also in einer Hand. Im Zweifelsfall müssen Klarnamen in den Akten geschwärzt werden. Hier mache ich mir keine Sorgen.

profil:GRÜN: Was eine Behörde als Beeinträchtigung ihres Entscheidungsprozesses bewerten mag, sieht eine Bürgerinitiative vielleicht als ihr legitimes Ziel.

Stokar: Klar, da kann es Streit geben. Bekanntlich stellen NGOs [Nichtregierungsorganisationen, Anm.d. Red.] eher die Fragen, die wehtun, und Bürgerinitiativen nutzen Informationen, um Einfluss auf Politik zu nehmen. Wir wollen diese Einmischung in die Politik. Demokratische Beteiligung setzt Zugang zu Informationen voraus. Der informierte mündige Bürger ist auch unbequem.

profil:GRÜN: Heraussuchen, selektieren, prüfen, schwärzen – was kommt da auf die Verwaltung zu? Und was müssen die Bürger dafür bezahlen?

Stokar: Natürlich ist die Herausgabe von Informationen mit Verwaltungsaufwand verbunden. Langfristig profitiert aber auch die Verwaltung von der neuen Offenheit. Transparente Ausschreibungsverfahren schützen vor Korruption und reduzieren die Beschaffungskosten. Die Zahl der Anfragen wird reduziert, wenn Behörden bestimmte Register von vornherein ins Internet stellen. Dann reicht ein Mausklick, um die Akten zu öffnen. Ein erwünschter Nebeneffekt: Durch offene Akten wird auch das E-Government gestärkt und weiterentwickelt.

Eine moderne Verwaltung begreift es als originär staatliche Dienstleistung, Informationen anzubieten oder bereitzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger sind sicher bereit, hierfür Gebühren zu zahlen. Die Gebühren dürfen allerdings nicht so hoch sein, dass sie abschreckend wirken.

Silke Stokar ist innenpolitische Sprecherin. |

Nach der Kommission

Mit dem ergebnislosen Ende der Föderalismuskommission darf die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung nicht einfach von der Tagesordnung abgesetzt werden. Jetzt gilt es, die bisherigen Arbeitsergebnisse zur Grundlage einer breiteren Debatte zu machen. Eine besondere Rolle wird hierbei die Frage der Bildungspolitik zu spielen haben. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass für ein tragfähiges Ergebnis weitere Einzelthemen geklärt werden müssen und die grundsätzliche Zielrichtung nochmals verstärkt zu erörtern ist.

ist vor der Reform

VON KRISTA SAGER & RAINER STEENBLOCK



Die Gründe, die zur Einsetzung der Kommission führten, haben keineswegs an Dringlichkeit verloren. Im Gegenteil: Nach einjähriger und in weiten Teilen sehr konstruktiver Tätigkeit darf die Reform des Föderalismus nicht zu den Akten gelegt werden.

Die Zielsetzungen bleiben auf der Tagesordnung. Wir brauchen:

- einen Zuwachs an Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger,
- einen Abbau von politischen Blockademöglichkeiten zwischen Bundestag und Bundesrat,
- eine neue Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern mit klaren Verantwortlichkeiten, wo dies möglich ist, und bessere Kooperationsformen, wo es im bundesstaatlichen Interesse notwendig ist,
- eine Erhöhung unserer Europatauglichkeit insbesondere hinsichtlich einer besseren Vertretung gesamtstaatlicher Interessen und einer schnelleren Umsetzung von EU-Recht.

Fortschritte waren möglich

Die Kommission hat sich den gesetzten Zielen durchaus annähern können. Heute entsteht ein Großteil der zustimmungspflichtigen Bundesgesetze durch Regelungen zum Verwaltungshandeln, das üblicherweise durch die Länder ausgeführt wird. In der Regel hätten die Länder künftig davon abweichende Regelungen treffen können, womit die Mitwirkungsrechte des Bundesrates und damit die häufig undurchschaubaren Entscheidungsprozesse zwischen Bund und Ländern an diesem Punkt weitgehend entfallen wären. Darüber hinaus sollten größere Kompetenzbereiche wie die Zuständigkeit für den öffentlichen Dienst, aber auch andere Themen mit starken regionalen Bezügen wie der Ladenschluss in die Kompetenz der Länder übergehen.

Der Spielraum für finanz- und steuerpolitische Reformen war von vornherein begrenzt, da der bis zum Jahr 2019 geregelte Länderfinanzausgleich nicht angetastet werden sollte. Gleichwohl zeichneten sich durchaus wichtige Fortschritte u. a. bei EU-Haftungsregelungen oder dem Tausch einzelner Steuern ab.

Für die Kommunen hätte sich positiv ausgewirkt, dass eine direkte Aufgabenübertragung durch den Bund künftig ausgeschlossen werden sollte. Dies hätte dafür gesorgt, dass Einigungen zwischen Bund und Ländern zu Lasten der Kommunen weitgehend ausgeschlossen gewesen wären.

Zukunftsaufgabe Bildungspolitik

In der Bildungspolitik zielte der Bund nicht auf eine Erweiterung seiner gesetzgeberischen Kompetenzen ab. Im Gegenteil: Ziel war die Wahrung einer finanziellen und politischen Mitwirkungsmöglichkeit. Angesichts der enormen bildungspolitischen Herausforderungen darf der Bund nicht per Verfassung von jeder Beteiligung an einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben ausgeschlossen werden. Andernfalls wären u. a. die erfolgreichen Programme zur Verbesserung des Mathematikunterrichts und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder ein gemeinsames internationales Hochschulmarketing nicht möglich gewesen. Hier wissen wir die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Fachleute auf unserer Seite. Es ist nicht möglich, die Bildungspolitik zur zentralen Herausforderung unseres Landes zu erklären, um gleichzeitig jegliche Mitwirkung und -finanzierung des Bundes auszuschließen. Gleichwohl war der Bund zu Zugeständnissen bereit. So sollte seine Gesetzgebungskompetenz im Hochschulbereich auf Fragen von Zugang und Abschlüssen reduziert werden. Davon können auch vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu Studiengebühren keine Abstriche gemacht werden, weil nur so die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern zu gewährleisten ist. Im Bereich der Mischfinanzierungen sollte die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau auf Vorhaben von überregionaler Bedeutung beschränkt werden.

Trotz dieser Kompromissangebote haben vor allem die unionsgeführten Länder die Beratungen am Punkt der Bildungs- und Hochschulpolitik zum Platzen gebracht. Der Vorschlag des Bundes, diese Fragen zunächst auszuklammern, um die Gesamtreform zu retten, wurde ausgeschlagen. Offensichtlich haben sich hier parteipolitische Manöver gegenüber konstruktiven Lösungsversuchen durchgesetzt.

PISA und andere Studien zeigen, dass Deutschland beim Zukunftsthema Nummer eins noch immer einen riesigen Nachholbedarf hat und wir uns diese machtpolitischen Blockadehaltungen nicht leisten können. Der Bund hat einen gangbaren Weg vorgeschlagen, dem die Länder jedoch bislang nicht folgen wollten: Um aus der festgefahrenen Situation herauszukommen, muss die Debatte in einen Kreis von Sachverständigen aus Politik, Verbänden sowie der schul- und hochschulpolitischen Praxis verlagert werden. Ein solcher Kreis wäre geeignet, Vorschläge zu erarbeiten, wie wir dem bildungspolitischen Handlungsbedarf gerecht werden können. Ein zentrales Stichwort sollte hierbei die Autonomie der Einrichtungen sein.

Debatte auf breitere Grundlage stellen

Es reicht jedoch nicht aus, allein in der Bildungspolitik Einvernehmen zu erzielen. So beteuerten zwar auch die Länder das Ziel eines Umweltgesetzbuches, ohne jedoch eine entsprechende Kompetenzverteilung im Grundgesetz zu ermöglichen. Eine abstimmungsfähige Einigung konnte in der Kommission nicht erzielt werden.

Auch beim Ziel der höheren Europatauglichkeit steht eine Einigung aus. Unser Maßstab ist: Deutschland muss bei der Umsetzung europäischen Rechts besser und schneller werden. Gleichzeitig gilt es zu klären, wie wir im Vorfeld unsere gesamtstaatlichen Interessen frühzeitig und wirksam auf der europäischen Ebene vertreten können. Hier drohen wir von unseren europäischen Partnern abgehängt zu werden, während das in Brüssel sprichwörtliche „german vote“ durch Stimmenvielfalt und wenig Durchschlagskraft gekennzeichnet ist. In der weiteren Diskussion muss die föderale Ordnung Deutschlands sehr viel stärker in Verbindung zum erweiterten Europa gebracht werden, als dies bislang gelungen ist. Hier liegt der zentrale Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Föderalismusreform.

Ein Zuwachs und nicht der Abbau an Doppelstrukturen drohte beim Thema innere Sicherheit, womit auch hier noch keine beschlussfähige Formulierung entwickelt werden konnte. Aus unserer Sicht sind Änderungen auf Verfassungsebene entbehrlich und die entsprechenden Vorschläge unmittelbar mit der Gefahr von Doppelstrukturen beim Bundeskriminalamt und den Länderpolizeien verbunden.

Die Kommission hat von Anfang an auch in ihrer Zusammensetzung stark den tagespolitischen Aushandlungsprozessen zwischen Bund und Ländern entsprochen. Nun kommt es darauf an, die Debatte auf eine breitere Grundlage zu stellen. Der Deutsche Bundestag und die Landesparlamente sind aufgerufen, die Kommissionsunterlagen zu beraten und Lösungswege in den beschriebenen Themenfeldern, aber auch in weiteren umstrittenen Einzelfragen wie z.B. dem Strafvollzug, aufzuzeigen.

Fazit

Die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung darf nicht an den Hindernissen scheitern, die sie eigentlich beseitigen sollte. Hier ist die Union gefordert, sich konstruktiv einzubringen: Merkel hat am gesamten Prozess faktisch nicht teilgenommen. Die Ministerpräsidenten der Union haben das Thema Bildung in Geiselschaft genommen, um das Gesamtergebnis zu torpedieren. Eine Reform, die eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat benötigt, kann so nicht gelingen.

Unsere Vorschläge für eine Fortsetzung der Reformbemühungen liegen vor. Nun ist es an den unionsregierten Ländern, den dafür notwendigen Schritt zu machen. Das übergreifende Ziel eines handlungsfähigeren deutschen Föderalismus in Europa muss weiter verfolgt werden. Wir Grünen werden die Debatte weiter vorantreiben.

Krista Sager ist Fraktionsvorsitzende, Rainer Steenblock europapolitischer Sprecher. Beide waren Mitglied in der Föderalismuskommission. |



Ackern im Bundestag

Friedrich Ostendorff

VON ANNE TISCHER

Politische Biografie

- 1980 *Mitbegründer der Grünen im Kreis Unna*
- 1994 – 2002 *Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag Unna*
- 1999 – 2002 *Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Regionalrat im Bezirk Arnsberg*
- seit 2002 *Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft*

Friedrich Ostendorffs Handy ist kaputt oder verloren gegangen. So genau weiß das sein Büroleiter auch nicht. Kontaktaufnahme ist jedenfalls nicht möglich und so machen wir uns umgehend auf den Weg ins Paul-Löbe-Haus. Dort hat gerade der Agrarausschuss getagt, da müsste Ostendorff zu finden sein. Wir haben Glück. Vor einem der kreisrunden Sitzungssäle in der ersten Etage steht er, groß, kräftig, unübersehbar. Er strahlt Heiterkeit und Tatendrang aus.

Zur Begrüßung ein kurzer starker Händedruck. Und wieder geht's los. Ostendorff gibt den flotten Schritt vor, in dem wir Treppen hinuntereilen, lange Gänge passieren, Treppen wieder hinaufsteigen. In den Bundestagsgebäuden verzichtet er grundsätzlich auf Fahrstuhl und Rollbänder, erklärt er mir unterwegs. Wer ihn begleiten will, verzichtet mit. „Die ständige Sitzerei hier ist für einen Landmenschen wie mich schon eine Umstellung, da nutze ich jede Möglichkeit, mich zwischendrin mal zu bewegen.“

Im Café im Reichstagsgebäude haben wir unser Ziel erreicht. Danach gefragt, was denn nun einen gelernten Landwirt, Ökobauern und Hofbesitzer in die Berliner Bundespolitik treibt, kommt der gebürtige Westfale sofort ins Erzählen. Der Beruf des Bauern sei interessant und vielseitig – das möchte er hier vermitteln. „Schluss mit dem Pessimismus, dem Gerede, dass die Landwirtschaft sowieso kaputt geht und Brasilien alles besser kann“, legt Ostendorff nach, „das Land bietet eine echte Perspektive. Der Dümme macht den Hof, hieß es früher immer, aber das ist kalter Kaffee.“ Er arbeitet dafür, dass die Bedingungen attraktiver werden, will gerade junge Leute dazu ermutigen, einen Bauernhof zu übernehmen. Während der Internationalen Grünen Woche, Europas größter Ernährungs- und Landwirtschaftsmesse, wird er mit zwei Kollegen aus der Bundestagsfraktion ein Seminar für Existenzgründer anbieten. Damit sollen speziell junge Leute aus der Stadt angesprochen werden, die Landwirtschaft lernen und einen eigenen Hof führen wollen.

Die Begeisterung fürs Bäuerliche ist ihm nicht in die Wiege gelegt. Er wächst zwar auf dem Hof seiner Eltern im westfälischen Kreis Unna auf. Doch zunächst liegen seine Interessen ganz woanders. „Geschichte und Politik habe ich in der Schule mit Leidenschaft gemacht.“



Fotos: S.Kaminski

Widerstrebend beginnt Ostendorff 1968 dann doch die Lehre zum Landwirt. Als einziger Sohn fühlt er sich Hof und Familie verpflichtet. Während der Ausbildung aber ändert sich seine Einstellung komplett. Denn er entdeckt, „was das für ein toller Beruf ist, Bauer zu sein, draußen in der Natur selbstbestimmt arbeiten zu können“. In der Landjugend, der Jugendorganisation des Bauernverbandes, begegnet er Menschen, die ihn ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden. So z. B. die evangelische Landjugendpastorin Antje Vollmer, mit der ihn noch heute eine Freundschaft verbindet.

„Hier bei uns auf dem Dorf, da bist du konservativ, in der Kirche und im Bauernverband.“ Doch vorgeschriebene Wege lehnte Ostendorff schon als junger Mensch ab. „Meine Sache war immer der Protest gegen das Etablierte“, so sieht er es. Dieser Eigensinn verband ihn auf gewisse Weise mit dem Vater, wenn politisch die beiden auch Welten trennten. Sein Vater war überzeugter Nationalsozialist. Auch nach dem Krieg hielt er an seinen Ansichten fest, hatte nur Spott für die allzu rasch „Gewendeten“. Die Auseinandersetzung mit dem starrsinnigen Vater prägte den 1953 geborenen Ostendorff. Am Thema Faschismus und Krieg kam man in seinem Elterhaus nicht vorbei: Für Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sorgten auch Geschwister der Mutter aus Pommern, ein Onkel, General im Russ-

land-Feldzug, und eine Tante, die einen Kommunisten heiratete und später in der DDR lebte. Friedrich Ostendorff hatte einiges zu verarbeiten, um eigene Antworten zu finden.

1980 ist er bei der Gründung des grünen Kreisverbands Unna mit dabei. Auf Konfrontationskurs mit dem Bauernverband lehnt er schon damals landwirtschaftliche Massenproduktion ab, setzt stattdessen auf Bestandsobergrenzen und artgerechte Tierhaltung. Er engagiert sich in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, 13 Jahre lang ist er Landesvorsitzender in NRW. Aus Überzeugung arbeitet er Ende der 80er Jahre gemeinsam mit Tierschutzbund und BUND an der Entwicklung des NEULAND-Programms. „Der ökologische Landbau hatte damals nur Pflanzen und Boden im Sinn, nicht aber die Tiere. Das hat mir nicht gepasst. Also mussten wir selbst verbindliche Richtlinien für artgerechte Tierhaltung aufstellen.“

Ostendorff gehört zu denen, für die das Private das Politische ist. Ganz selbstverständlich. Und dann gibt es da auch noch die Lust an der Veränderung. „Was Neues zu versuchen, das hat mich ja immer gereizt.“ Vom Kreistag Unna über den Regionalrat des Bezirks Arnsberg führt ihn seine parlamentarische Karriere 2002 in den Bundestag. „Das war keine einfache Entscheidung“, muss Ostendorff zugeben. Bekräftigt darin hat ihn seine Frau Ulrike. Sie schmeißt heute den Hof. Das sind 72 Hektar Land, 70 Rinder, 50 Mastschweine, 120 Hühner, ein gut gehender Hofladen.

Manchmal kann er die Sache mit Berlin selbst noch nicht ganz fassen. Vielleicht ist es dem Landwirt deshalb so wichtig zu betonen, woher er kommt und wer er ist. Und sich so oft es geht in den Zug nach Haus in den Wahlkreis zu setzen. Dort kennt ihn jeder und die Arbeit auf dem Hof – das Ausmisten der Ställe, Füttern der Schweine und Herumwerkeln an den Maschinen – hilft abzuschalten. „Nach einer Stunde daheim – da ist Berlin ganz weit weg.“ |

Hier tut sich was!

Von Arbeitslosengeld II bis hin zum Zuwanderungsgesetz: Zum Jahresbeginn sind zahlreiche Neuerungen in Kraft getreten. Was sonst noch geschah.

Kein Ende des Leidens

Die Situation im sudanesischen Krisengebiet Darfur bleibt dramatisch. 1,8 Millionen Menschen sind auf der Flucht, mehr als 70.000 wurden getötet. Vergewaltigung, Vertreibung und die Bombardierung von Dörfern gehören zum grausamen Alltag – trotz intensiver Bemühungen der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft, dem Morden ein Ende zu bereiten.

Die sudanesische Regierung muss die Milizen entwaffnen und die Zivilbevölkerung schützen – so war es in internationalen Vereinbarungen zugesagt.

Die Bundesregierung ist entschlossen, den Druck auf Regierung und Rebellen zu erhöhen und sich auf internationaler Ebene für weitere Maßnahmen stark zu machen. Zur Linderung der Not hat sie über 50 Millionen € zur Verfügung gestellt. Mit dem Einsatz von Transportgeräten der Bundeswehr unterstützt sie zudem die Friedensmission der Afrikanischen Union.

Im Interesse der Not leidenden Bevölkerung sind die Konfliktparteien aufgefordert, eine politische Lösung zu suchen. Der Friedensvertrag vom 9. Januar 2005 zwischen Nord- und Südsudan kann dies nicht leisten, aber dafür eine ermutigende Grundlage sein.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Internationales



Eine Welt

Seit der Flutwelle am 26. Dezember 2004 verfolgen uns die Bilder unfassbaren Grauens. Eine der schlimmsten Naturkatastrophen seit Menschengedenken – daraus erwächst die Verpflichtung, dass die Menschen weltweit zusammenstehen. Mit ihren Spenden bewiesen viele beeindruckend ihre Solidarität und Hilfsbereitschaft. Außenminister Joschka Fischer ist Anfang Januar ins Krisengebiet gereist, um sich einen Eindruck von der Situation zu machen.

Die Bundesregierung will in den nächsten Jahren 500 Millionen € zur Verfügung stellen – zusätzliche Mittel, deren Gegenfinanzierung im Bundeshaushalt sichergestellt wird. Mit diesem Geld werden vor allem langfristige Wiederaufbauprojekte finanziert. Nur eine nachhaltige Hilfe wird den betroffenen Menschen eine dauerhafte Perspektive bieten. Unsere Entwicklungspolitik wird einen langen Atem haben.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Internationales

Hartz läuft

Am 1. Januar 2005 ist das Arbeitslosengeld II erfolgreich gestartet. Befürchtungen von Chaos und mangelnder Vorbereitung, die am Ende die ALG-II-EmpfängerInnen auszubaden hätten, haben sich nicht bewahrheitet.

Hartz IV läuft. Für eine Bilanz ist es noch zu früh. Bei einer so grundlegenden Umgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind sorgfältige Auswertung und Augenmaß wichtig. Beides gewährleisten der Ombudsrat und die Hauptsteuerungsgruppe im Arbeits- und Wirtschaftsministerium. Ob Zuverdienstmöglichkeiten, Regelsatzhöhe oder Fragen der privaten Altersvorsorge – wir begleiten die Reform.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Arbeit & Wirtschaft



Foto: M. Kulka

Spätstart mit Erfolg

Ohne Probleme ist am 1. Januar 2005 auch die LKW-Maut gestartet. Endlich zahlen die Laster verursachergerecht für die Nutzung der Autobahnen – kilometergenau, nach Gewicht und Abgasmenge. Eine Idee, die Schule macht: Großbritannien, Tschechien, Schweden, Ungarn und Slowenien haben die Technik bereits nachgefragt. Somit könnte aus der Mautpleite 2004 doch noch eine Erfolgsstory werden.

Aber Maut für PKW? 45 Millionen Autos mit On-Board-Units ausstatten? Unsere PKW-Maut heißt Ökosteuer! Mit dem gleichen Lenkungseffekt: Wer viel fährt und viel verbraucht, zahlt mehr als der, der wenig verbraucht und wenig fährt.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Verkehr & Bau

Wege nach Bitterfeld

Blühende Landschaften in Bitterfeld? Neun von zehn Chemie-Arbeitsplätzen sind hier seit 1989 verloren gegangen. Aber das ist nur die eine Seite.

Rückblick. Bitterfeld gilt als das Symbol für Umweltverschmutzung in der DDR. Der weithin wahrnehmbare Schwefelgeruch ist nur die Spitze des Eisbergs. Luft und Gewässer sind in hohem Maße verschmutzt.

Das ist heute anders. Wichtige Ziele der Bürgerrechts- und Umweltgruppen sind inzwischen erreicht. Tatsächlich ist Bitterfeld eine hoffnungsvolle Region. Sie gilt als einer der modernsten chemischen Industriestandorte der Welt.

In der Reihe WENDE HERBST sprach die grüne Fachpolitikerin Dr. Antje Vogel-Sperl mit Jugendlichen in Bitterfeld über die Zukunft der chemischen Industrie. Die Zukunftsformel heißt: Umstellung der Rohstoffbasis. Weg vom Öl, hin zu nachwachsenden Rohstoffen. Der neue Bitterfelder Weg. Nachwachsende Rohstoffe bedeuten Arbeitsplätze – und Perspektiven auch für die jungen Leute.

→ gruene-fraktion.de
→ Diskussion → Vor Ort

Weg vom Öl

„Ob Verkehr, Chemie, Pharmazie oder Energie – ohne Erdöl geht so gut wie gar nichts. Und die Nachfrage weltweit wächst. Die verfügbaren Ressourcen werden dagegen immer weniger.

Wir hängen am Tropf. Mit fatalen Folgen: immense volkswirtschaftliche Kosten weltweit, Armut in den Entwicklungsländern, Mangel an innovativen Investitionen in den Industriestaaten, ökologische Folgeschäden der Förderung, des Transportes und der Verbrennung fossiler Energieträger bis hin zum globalen Klimawandel. Hinzu kommen außen- und sicherheitspolitische Risiken. Alles in allem übersteigen die tatsächlichen Kosten der Abhängigkeit vom Öl die reinen Ölrechnungen um ein Vielfaches.

Das wollen wir ändern. Mit umfassender Effizienzsteigerung und Energiesparen – also weniger Verbrauch und modernster Kraft-Wärme-Kopplungstechnik – einerseits und dem Ersatz fossiler Ressourcen durch erneuerbare Energiequellen und nachwachsende Rohstoffe andererseits. Die Kapazitäten sind da: Deutschland hat in diesem Bereich bereits eine wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Spitzenposition. Diese wollen wir ausbauen und so einen Wachstumsmarkt besetzen [...].

Unser langfristiges Ziel ist es, die gesamte Rohstoffbasis umzustellen auf eine nachhaltige, dezentrale Versorgung mit regenerativen Energien und nachwachsenden Rohstoffen. Auf absehbare Zeit werden wir jedoch noch mit einem Sockel fossiler Energie und Rohstoffträger leben müssen. Allerdings mit den besten Wirkungsgraden, die technisch möglich sind. [...]

„Auf dem Weg ins postfossile Zeitalter“, das ist ein zentraler Bestandteil der grünen Innovations- und Nachhaltigkeitsstrategie. Wir Grünen stehen dafür ein, dass Deutschland hier einen strategischen Schwerpunkt seiner nationalen und internationalen Politik setzt: „Weg vom Öl“ für eine bessere Umwelt, für mehr Sicherheit, für Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft.“

Auszug aus der Wörlitzer Erklärung, 14. Januar 2005

→ gruene-fraktion.de → Presse → In Arbeit

Respekt!



Alle sind vor dem Gesetz gleich – ungeachtet ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität. Wegen keines dieser Merkmale darf ein Mensch in Deutschland benachteiligt oder schlecht behandelt werden. Der Anspruch auf Respekt und gleiche Chancen setzt Rot-Grün nun im Antidiskriminierungsgesetz (ADG) um.

Besonders gravierend sind Benachteiligungen im Arbeitsleben: bei Einstellung, beruflichem Aufstieg, Arbeitsbedingungen (Belästigung, Mobbing), Entlohnung. Vielfach werden auch Benachteiligungen im allgemeinen Zivilrecht beklagt, beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen. Frauen zahlen höhere Tarife bei Kranken- oder Lebensversicherungen. Homosexuellen werden Lebensversicherungsverträge pauschal verweigert. Ältere berichten über Ausgrenzungen durch das Kreditgewerbe selbst bei kleinen Konsumentenkrediten. Entwürdigend sind auch Vorfälle im Gastronomiebereich, wenn z. B. ausländisch Aussehenden der Zugang zur Disko verweigert wird oder behinderte Menschen nicht in ein Ferienhotel aufgenommen werden, weil man unterstellt, sie würden andere stören.

Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. Kritiker sprechen nun von Reglementierung. Tatsächlich stärkt das ADG aber die Bürgerrechte. Genauso wie das Mietrecht oder das Verbraucherrecht zum Schutz von Schwächeren bestimmte Standards und damit der Vertragsfreiheit gewisse Grenzen setzen, tun wir das auch mit dem Antidiskriminierungsgesetz. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Waren und Dienstleistungen ist in unserer Marktwirtschaft beileibe keine Kleinigkeit. Hier geht es um elementare Fragen gesellschaftlicher Teilhabe.

Mit dem ADG setzen wir vier EU-Richtlinien sachgerecht in deutsches Recht um. Das Antidiskriminierungsgesetz wird im Laufe des Frühjahrs im Bundestag abschließend beraten. Es bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Innen & Recht



Foto: JOKER

Foto: Sorge/Caro

Sag mir, was du isst

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind fehlernährt oder übergewichtig. Sie sind die Kranken von morgen. Die Kosten dieser ernährungsbedingten Krankheiten sind Gift für unser Gesundheitswesen und die Lohnnebenkosten. Ist Ernährung unter diesem Aspekt länger nur Privatsache? Wo fangen politischen Aufgaben an, wo hören sie auf?

Über diese Fragen hat die Bundestagsfraktion Ende 2004 mit rund 180 Fachleuten diskutiert. Klar ist: Wir brauchen eine nationale Strategie gegen Fehlernährung. Wichtigste Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihres Alters nicht frei über ihre Ernährung entscheiden können.

Andere Länder haben bereits gehandelt: Großbritannien hat ein Weißbuch zur Bekämpfung der Fehlernährung beschlossen, in Frankreich wurden zuckerhaltige Getränke in den Automaten an Schulen verboten, Finnland hat steuerlich effektive Maßnahmen ergriffen.

In Deutschland hat vor allem Ministerin Künast zahlreiche aufklärungsorientierte Initiativen eingeleitet und zusammen mit anderen Akteuren die „Plattform für gesunde Ernährung und Bewegung“ ins Leben gerufen.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Agrar & Verbraucher

Sauber!



75 Prozent der Europäer leben in Städten und sind dort teilweise massiver Luftverschmutzung ausgesetzt. Große Gesundheitsprobleme werden durch den Ausstoß feiner Partikel verursacht, die u. a. aus ungefilterten Dieselmotoren stammen. Seit 1. Januar 2005 gelten auch in Deutschland strengere Grenzwerte für Partikel in der Atemluft. Rot-Grün hat damit eine entsprechende EU-Richtlinien umgesetzt.

Was können wir alle tun, um die Luft zu verbessern? Wer ein Dieselfahrzeug ohne Filter fährt, sollte möglichst nachrüsten, wer ein neues Dieselauto kauft, sollte auf einem Filter bestehen. Anwohner von besonders belasteten Straßen haben das Recht, die Einhaltung der Grenzwerte einzuklagen, wenn die zuständigen Behörden untätig sind.

→ gruene-fraktion.de
→ Themen → Verkehr & Bau

Auf dem Wege der Besserung

Ist das Glas halb voll oder ist es halb leer? Eine Zwischenbilanz der Gesundheitsreform zeigt Gutes und Schlechtes.

Finanzentwicklung beruhigt

Die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung wurden durch die Gesundheitsreform ins Reine gebracht. Endlich schreiben die Krankenkassen wieder schwarze Zahlen. Der durchschnittliche Beitragssatz ist leicht gesunken. Aktuell liegt er bei 14,2 Prozent, ohne die Reform hätte er die Schallmauer von 15 Prozent längst durchbrochen. Allerdings sind die Kosteneinsparungen und Beitragssenkungen vor allem durch die höheren Selbstbeteiligungen der Patientinnen und Patienten und durch Leistungsausgrenzungen zu Stande gekommen. Die Leistungserbringer – also Ärzte, Krankenhäuser, Pharmaunternehmen etc. – haben bisher weniger dazu beigetragen. Vor allem die Arzneimittelindustrie wehrt sich mit Händen und Füßen gegen ihren Solidarbeitrag.

Neurologie



Foto: M. Kappeler/Adap

Einsame Entscheidung

Seit 1. Januar 2005 ist für die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen nicht mehr das Innenministerium zuständig. Diese einsame Entscheidung des Innenministers – ohne Einbindung des Parlaments und ohne Konsultation von Marianne Birthler – ist auf breite öffentliche Kritik gestoßen, auch seitens der Grünen. Rechtlich ist die Übergabe in den Verantwortungsbereich von Kulturstaatsministerin Weiss nicht haltbar, weil dabei die besonderen Regelungen des Stasi-Unterlagengesetzes missachtet werden. Der Gesetzgeber muss sich daher zügig, aber ohne Hast mit der Zukunft der Behörde befassen.

→ gruene-fraktion.de

→ Themen → Innen & Recht

Strukturreformen angestoßen

Das eigentliche Kernstück der Gesundheitsreform war, eine bessere Zusammenarbeit von Ärzten, Krankenhäusern und anderen Gesundheitsberufen zu ermöglichen und zu fördern. Mit dem Abbau aller rechtlichen Schranken und der Bereitstellung von jährlich rund 680 Millionen € bis 2006 sollte die Reform den „schlafenden Riesen“ Integrationsversorgung wecken. Und es lässt sich gut an: Viele Ärzte, Krankenhäuser und Krankenkassen nutzen die neuen Bewegungsspielräume für den Aufbau integrierter Versorgungsnetze. Gut voran kommt auch die flächendeckende Ausweitung freiwilliger Hausarztmodelle. Probleme gibt es aber bei der Teilöffnung der Krankenhäuser für die fachärztliche ambulante Versorgung.

Patientenbeteiligung verbessert

Einen großen Schritt nach vorn bedeutete die Reform für mehr Patientenbeteiligung. Seit einem Jahr sind Selbsthilfefzusammenschlüsse, Verbraucherzentralen und Patientenverbände an den wichtigsten Gremien der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligt. Dort nehmen sie Einfluss auf die Weiterentwicklung des Leistungskatalogs der Krankenversicherung. Für das bisher einseitig auf Kassen und Leistungserbringer ausgerichtete Gesundheitswesen ist das eine kleine Revolution.

Wettbewerb angeregt

Damit unser Gesundheitswesen mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit hervorbringt, ist mehr Wettbewerb auch unter den Leistungserbringern erforderlich. Die Gesundheitsreform hat hierfür die Rahmenbedingungen verbessert. Vieles bleibt aber noch zu tun. Insbesondere Reformen für mehr Preiswettbewerb zwischen den Arzneimittelherstellern und die Ablösung der wettbewerbsfeindlichen Kollektivvertragssysteme zwischen Kassen und niedergelassenen Ärzten bleiben auf der Tagesordnung. |

Vieles, was der Bundestag beschließt, ist nationale Umsetzung europäischer Gesetzgebung. Wir machen die EU verständlicher: Wo das Sternchen draufsteht, steckt Europa drin.

*Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben,
eine alte Frau kocht Rüben,
eine alte Frau kocht Speck
– und du bist weg.
Weg bist du noch lange nicht,
sag mir erst, wie alt du bist.*

Sag mir erst, wie alt du bist

**Älter werden wir von allein.
Für die Politik bleibt dennoch einiges zu tun.**

VON IRMINGARD SCHEWE-GERIGK



Neulich bei einem jener Berliner Feste, auf denen sich die jungen Schönen und alten Mächtigen treffen, kam ich mit einer jüngeren Kollegin ins Gespräch. Warum landeten wir ausgerechnet bei dem Thema, dass gerade die Grünen politische Antworten auf die Herausforderung einer alternden Gesellschaft geben müssten? Jedenfalls waren wir uns schnell einig: Altsein in unserer Gesellschaft scheint kein erstrebenswerter Zustand zu sein. Es gilt als Defizit und wird schnell mit arm und pflegebedürftig gleichgesetzt. Sex im Alter z. B. ist für viele Junge undenkbar. „Ja, aber hört das nicht mit den Wechseljahren auf?“, druckste sie. Begeistigt klärte ich die Kollegin auf, dass nach meiner Erfahrung Alter und Sex sehr gut zusammengehen. Ob sie diese Frage auch dem Außenminister gestellt hätte, der drei Wochen älter ist als ich?

„Hast du denn noch, kannst du denn noch, bist du denn noch?“ Solche Fragen sind Signale für eine schleichende Abwertung des Alters und der älteren Menschen. Und gemessen an der durchschnittlichen Lebenserwartung treffen sie die meisten viel zu früh. Vor allem in der Wirtschaft hat diese Sicht einen beispiellosen Kahlschlag unter älteren Arbeitnehmern begünstigt. Besonders gründlich in Deutschland. 60 Prozent aller deutschen Unternehmen beschäftigen gar keine Personen über 50 und nur 37 Prozent der 55 bis 65-Jährigen sind überhaupt noch erwerbstätig.

Grüne Wende in der Altenpolitik

Was das Altern der Gesellschaft betrifft, ist die Politik bislang auf einem Auge blind. Es ist einfach zu wenig, sich nur mit den problematischen Folgen des demografischen Wandels, mit brüchigen Sozialsystemen und fehlenden Nachwuchskräften zu beschäftigen. Mit unserem großen Anteil an 68ern und Babyboommern sind gerade wir Grünen prädestiniert, Tabus zu brechen und im Altern der Bevölkerung auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen zu sehen.

Wir leben – nicht erst seit gestern – in einer Gesellschaft, deren Altersaufbau sich radikal verändert. Diese Entwicklung müssen wir aktiv gestalten. Der oft heraufbeschworene „Krieg der Generationen“ kommt nicht unvermeidlich. Dazu gilt es, auf der einen Seite die jungen Menschen zu unterstützen, die sich Kinder wünschen, denen es aber unnötig schwer gemacht wird, ihren Wunsch zu verwirklichen. Diese Aufgabe hat die Politik in den vergangenen Jahren angenommen – der Wandel zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft ist in Gang gekommen. Doch noch fehlt eine neue Politik für ältere Menschen in der alternden Gesellschaft.

Alt – arm und krank?

Zunächst brauchen wir ein realistisches Bild. Alter ist heute erfreulicherweise nicht mehr mit Armut gleichzusetzen. Lediglich 1,3 Prozent der über 65-Jährigen bezogen 2003 Sozialhilfe, während es bei Kindern unter 18 Jahren 6,6 Prozent waren. Den Älteren steht heute eine enorme Kaufkraft zur Verfügung. So haben in Nordrhein-Westfalen Haushalte mit mindestens einer Person über 55 Jahren im Durchschnitt mehr als 2.550 € netto im Monat zur Verfügung.

Eine „Seniorenwirtschaft“ entsteht trotzdem nur zögerlich. Dabei bietet die Entwicklung angepasster, benutzerfreundlicher Produkte für alle Altersgruppen gute Absatzmärkte. Ebenso neue Dienstleistungen für Ältere. Durch sie könnte – so hat es das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen errechnet – bis zu einer Million neue Arbeitsplätze entstehen.

Auch wenn es viele überrascht: Bis zum 80. Lebensjahr sind die Menschen in der Regel nicht auf Pflege angewiesen. Das durchschnittliche Alter für den Einzug in ein Heim liegt bei 84 Jahren. So spät wie es geht, am besten gar nicht ins Heim – durch bessere individuelle Unterstützung und neue Dienstleistungen im Hauswirtschafts-, Pflege-, Gesundheits- oder Tourismusbereich würde es für viele möglich. Die tatsächlich pflegebedürftigen, besonders die Demenzkranken, haben allerdings keine Wahl. Sie brauchen Verbesserungen in der allgemeinen Pflege.

Die Mehrheit von morgen

Ab wann ist ein Mensch älter oder alt? Genaue Definitionen sind schier unmöglich. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezeichnet „ältere Arbeitnehmer“ als diejenigen, die in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens stehen, also 45 Jahre und älter sind. Es überrascht wenig, dass in Umfragen die Altersschwelle umso höher gesetzt wird, je älter die befragten Personen sind. Als ich meine 83-jährige Mutter nach ihrem Besuch eines Kirchenkreises fragte, wie es ihr denn gefallen habe, sagte sie: „Eigentlich ganz gut, aber da waren ja nur alte Leute“. Alt sind offensichtlich immer nur die anderen.

2050 werden die meisten Menschen in Deutschland älter als 50 Jahre sein. Es gibt keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass Ältere insgesamt weniger leistungsfähig sind als Jüngere. Ihre Potenziale bleiben aber weitgehend ungenutzt – übrigens einer der Gründe für die Wachstumsschwäche unserer Volkswirtschaft.

Da ist die 50-jährige Fernsehansagerin, deren Gesicht angeblich zu alt für den Bildschirm ist, die 62-jährige Bibliothekarin, deren Stelle wegrationalisiert wurde, oder der 59-jährige Stahlarbeiter, der zwar die Arbeit am Hochofen nicht mehr machen kann, aber deshalb noch lange nicht zum „alten Eisen“ gehört. Auch die aktive, allein stehende Rentnerin oder der emeritierte Professor halten wenig von der Aussicht, zwanzig Jahre lang untätig zu sein. Sie möchten ihre Erfahrung nicht nur zum eigenen Gewinn, sondern auch für andere einsetzen. Diese Menschen wollen sich nicht zurückziehen, sondern sind zu einem Engagement in Beruf oder Gesellschaft bereit.

Vom Defizit- zum Kompetenzansatz

Eine neue Kultur der Altersarbeit und der Anerkennung gesellschaftlicher Leistungen ist daher das Gebot der Stunde. Denn Älterwerden ist kein Defizit, vielmehr eine Entwicklung, die neue und veränderte Kompetenzen mit sich bringen kann, beruflich wie sozial. Hier ist Politik gefragt, gemeinsam mit Wirtschaft und Gesellschaft die Rahmenbedingungen zu verbessern – für eine längere Beteiligung am Erwerbsleben, eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Ausübung freiwilligen Engagements.

Einiges haben wir bereits getan, um dem Ausschluss Älterer vom Arbeitsmarkt entgegenzuwirken: So wird das neue Antidiskriminierungsgesetz ihnen endlich ermöglichen, sich gegen Benachteiligungen zu wehren. Die Anreize zur Frühverrentung haben wir abgeschafft. Sie waren ein Bärendienst an den Alten und haben sie vorzeitig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Schluss machen wollen wir auch mit dem Senioritätsprinzip im öffentlichen Dienst. Denn wenn das Gehalt mit zunehmendem Alter steigt, werden Jüngere automatisch „billiger“ und haben somit die besseren Chancen auf Beschäftigung.

Die notwendigen Antworten auf den demografischen Wandel am Arbeitsmarkt kennen wir: lebenslanges Lernen, flexible Erwerbsbiografien, neue Perspektiven für ältere Beschäftigte, Neuorganisation der Lebensarbeitszeit. In der Realität aber läuft die Entwicklung noch in die falsche Richtung.

Politik für ältere Menschen erfordert, frühzeitig die sich wandelnden Bedürfnisse aufzunehmen und zu handeln. Modellversuche für Alternativen zum Heim wie etwa das Mehrgenerationenwohnen gibt es bundesweit. Nun ist es an der Zeit, daraus ständige Angebote zu machen.



Foto: BilderBox.com

Bevölkerungsforscher sagen uns eine permanent steigende Lebenserwartung voraus. Wie erfreulich! Aber was machen wir daraus? Es ist eine politische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die gewonnenen Lebensjahre einen Gewinn nicht nur für die Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft darstellen können. Und damit sind insbesondere die heute Jungen, also die nachfolgende Generation, gemeint.

Irmingard Schewe-Gerigk ist seniorenpolitische Sprecherin. |



Die Rohstoffe für Energie werden immer knapper und teurer. Dazu kommt das Treibhausproblem. Alles nur eine Frage des Energiemixes? Der Umweltpolizist und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Reinhard Loske diskutierte darüber mit Dr. Klaus Rauscher, Vorstandsvorsitzender von Vattenfall Europe, dem drittgrößten Energieunternehmen Deutschlands. Das Gespräch führte Agnes Steinbauer.

Zwischen Versorgungssicherheit und Klimaschutz

profil:GRÜN: Die Grünen haben kürzlich in ihrer Wörlitzer Erklärung ambitionierte klimapolitische Ziele für die künftige Energieversorgung formuliert. Aber ist nicht Energiepolitik auch Industriepolitik?

Rauscher: Energiepolitik muss sowohl Umweltpolitik sein als auch Wirtschafts- und Industriepolitik. Denn die Versorgung dieses Landes mit Energie muss sicher und bezahlbar sein. Außerdem soll der Strom möglichst umweltfreundlich produziert werden. Das muss in einer vernünftigen Balance zueinander stehen.

Für den Umweltschutz haben wir, beziehungsweise unsere Vorgängerunternehmen, in den letzten Jahren einiges getan: zum Beispiel den Kraftwerkspark der früheren DDR grundlegend modernisiert. Wir haben alte „Dreckschleudern“ vom Netz genommen, neue, hocheffiziente Kraftwerke gebaut. Dadurch hat unser Unternehmen 50 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr an Emissionsbelastung gegenüber früher eingespart. Wir wollen aber noch mehr: Unser Ziel ist das CO₂-freie Kohlekraftwerk.

profil:GRÜN: Ist das ein Angebot, Herr Loske?

Loske: Vattenfall hat relativ moderne Anlagen. Das ist gut, aber es genügt nicht. Wir brauchen technologische Sprünge. Der Wirkungsgrad der besten Kohlekraftwerke liegt jetzt bei 42 Prozent. Fast 60 Prozent der Energie gehen als Abwärme in die Luft oder in die Flüsse. Das sind also eher Wolkenmaschinen und Flussheizungen, die nebenbei noch Strom erzeugen.

Was Herr Rauscher als CO₂-freies Kraftwerk beschrieben hat, betrachte ich eher als Zukunftsmusik. Ein Kernproblem, die Deponierung des abgeschiedenen CO₂, ist nämlich mit exorbitanten Kosten verbunden und bleibt daher wohl zunächst bestehen. Ich plädiere für ein dezentrales Energiesystem mit kleinen, intelligent vernetzten Einheiten: Blockheizkraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, perspektivisch die Brennstoffzelle, vor allem aber Erneuerbare Energien. Nur bei der Grundlastversorgung bleibt noch ein wenig Raum für Großkraftwerke.

profil:GRÜN: Was halten Sie von dezentralen Energiestrukturen?

Rauscher: Ich bin der Meinung: so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig. Wir brauchen jedoch für

die Grundlastversorgung dieses Landes große Kraftwerke. Einen Widerspruch sehe ich bei den Grünen: Auf der einen Seite plädieren sie für dezentrale Stromerzeugung. Wo aber der Strom aus Windkraft entsteht – Offshore, in den Küstengewässern zum Beispiel – da brauchen wir ihn gar nicht. Den benötigen wir an Rhein und Ruhr, im Rhein-Main-Gebiet, in Süddeutschland. Mit anderen Worten: Windkraft in Form von Windparks ist ganz klar eine zentrale Form der Strombereitstellung.

Loske: Die Windkraft ist ein Teil im Energiemix, der für die Stromerzeugung nötig sein wird. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) haben wir die Ziele klar definiert: regenerative Energien fördern und dezentrale Energieerzeugung stimulieren – Windenergie, Biomasse, perspektivisch auch Erdwärme oder Fotovoltaik. Für die Offshore-Windenergieerzeugung sollen große Kapazitäten entstehen. Natürlich müssen wir diese Energie dann auch an Land bringen.

profil:GRÜN: Wie soll dieser Energiemix konkret aussehen?

Loske: Im Zentrum muss die Einsparung von Energie auf der Nutzungsseite stehen. Da gibt es noch sehr große Potenziale. Für die Erzeugungsseite gilt: Ein modernes Gaskraftwerk hat einen Wirkungsgrad von fast 60 Prozent für rein elektrische Energie. Kann die Wärme mitgenutzt werden, liegt der Wirkungsgrad sogar bei 90 Prozent. Das entspricht unseren Vorstellungen von intelligenter Vernetzung. Dezentrale Erzeugung passt hervorragend mit Erneuerbaren Energien und Erdgas zusammen und weniger mit Kohle. Außerdem: Die großen Kraftwerke laufen 40 Jahre und länger. Die erschweren jede Umgestaltung, denn wenn die Strukturen einmal da sind, wollen sie auch genutzt werden. Bis 2050 muss aber der CO₂-Ausstoß weltweit mindestens halbiert werden, um die Klimaveränderungen in Grenzen zu halten. Wir haben gesetzlich festgeschrieben, dass wir bis 2020 den Anteil der regenerativen Energieträger an der Stromerzeugung von heute gut acht auf 20 Prozent erhöhen wollen. Die restliche Energie wird zunächst noch aus fossilen Energieträgern erzeugt werden. Hier ist das Erdgas am wenigsten klimaschädlich. Es emittiert nur halb so viel CO₂ wie Braunkohle.

Rauscher: Zur Energieeffizienz sage ich uneingeschränkt ja. Das klingt vielleicht aus dem Mund eines Stromproduzenten überraschend, aber wir sind es unseren Kindern und Enkeln schuldig, unsere Ressourcen so schonend wie möglich einzusetzen. Wir werden jede vernünftige Initiative zur Einsparung von Energie unterstützen. Aber Deutschland ist nach Japan heute schon das Land mit der höchsten Energieeffizienz. Ob hier beim Energiesparen noch so große Potenziale liegen, wage ich zu bezweifeln. Wenn wir unsere Maßstäbe in punkto Kraftwerkseffizienz weltweit durchsetzen könnten, würden wir 1,4 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Damit wären die Vereinbarungen zum Klimaschutz von Kyoto erfüllt.

Auf die Kohle werden wir in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht ganz verzichten können. Wir brauchen sie für die Grundlastenergieerzeugung. Dass Erdgas weniger CO₂ verursacht, ist zwar richtig, aber in Deutschland ist es so gut wie nicht verfügbar.



Nur 20 Prozent des hiesigen Verbrauchs stammen aus heimischen Quellen, Tendenz fallend. Zudem müssen wir diesen Energieträger aus politisch instabilen Regionen importieren. Wir müssen deshalb den Brennstoff nutzen, den wir haben. Die Braunkohle ist subventionsfrei, preiswert und langfristig verfügbar. Und was die regenerativen Energien betrifft: Ich bin dafür, vorausgesetzt sie sind wirtschaftlich sinnvoll und auf Dauer nicht von Subventionen abhängig.

Loske: Pro Kopf haben wir neun Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr in Deutschland. Das ist drei Mal so viel wie die Chinesen produzieren und neun Mal so viel wie die Inder emittieren. Auch wenn es nur die Hälfte dessen ist, was die Amerikaner an die Umwelt abgeben: Wir schicken einfach zu viel CO₂ in die Atmosphäre. Ob das effizient geschieht oder nicht, ist für das Klima ziemlich egal. Die Option Braunkohle sehe ich nicht ganz so rosig wie das die Industrie tut. Denken Sie an die Probleme, die die Braunkohle verursacht: Waldschäden, Klimaschäden, Gesundheitsschäden durch Emissionen. Das sind alles Kosten, die sich nicht im Preis spiegeln, die aber trotzdem bezahlt werden müssen, mit hin Schattensubventionen.

profil:GRÜN: Wie wirkt sich die Liberalisierung des Energiemarktes auf die Versorgungssicherheit aus?

Rauscher: Das muss sich nicht ausschließen. Das wichtigste ist hier: Investitionen in Kraftwerke und Netze müssen sich für die Betreiber lohnen. In den USA und England war das nicht mehr der Fall. Daher die Engpässe in diesen Ländern. Das war aber die Folge verfehlter behördlicher Eingriffe.

Loske: Ich war stets ein großer Anhänger der Liberalisierung des Energiemarktes und bin es im Grunde noch immer. Die früheren verknöcherten Strukturen waren kein fruchtbares Terrain, um ökologische Konzepte zu realisieren. Man muss aber illusionslos feststellen, dass der unregelmäßige Wettbewerb nur eine höhere Stufe der Monopolisierung bewirkt hat. Heute beherrschen vier große Stromkonzerne den deutschen Markt. Die Politik muss nun sicherstellen, dass keine Monopolgewinne mitgenommen werden. Ordnungspolitisch ist es für mich wichtig, einen unabhängigen Schiedsrichter zu bekommen, der für alle dezentralen Einspeiser den diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen sicherstellt. Die Regulierungsbehörde für Post- und Telekommunikation wird dazu um die Tätigkeitsfelder Gas- und Stromregulierung erweitert. Und sie wird die notwendigen Instrumente an die Hand bekommen, um frischen Wind in die Energiemärkte zu bringen. |





Foto: S.Kaminski

Marcus sortiert Post. Im Jakob-Kaiser-Haus. Marcus Strohwalde ist Auszubildender in der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Seine ersten Tage in der großen Politik. Gerade ist für ihn und die anderen drei neuen Azubis Fraktionsrallye. Das heißt: unterwegs in den Abteilungen, alles kennen lernen, mal hier reinschnuppern, mal dort mitarbeiten. Marcus' erster Boxenstopp für diese Woche ist die Poststelle. Viele Fächer, viele Namen, Hauspost, Briefe, Massenversand, ePost, kopieren, frankieren, versenden – ganz schön was los dort. Gerade ist ein Paket für die Finanzabteilung angekommen. Das soll er mal eben rüberbringen. Finanzabteilung? Wo war das gleich noch mal? Anderes Gebäude. Unter den Linden. Marcus startet los.

Nach zwei Wochen fühlt sich alles noch ganz schön frisch an. Flure, Menschen, Büros, Aufgaben – verwirrend. Fünf Fachabteilungen durchlaufen die Azubis während der dreijährigen Ausbildung. In jeder sind sie drei bis vier Monate im Einsatz. Zwischendurch geht es immer wieder zu Lehrgängen ins Bundesverwaltungsamt (BVA). Ausbilderin Katrin Krecklow – sie erstellt Einsatzpläne in der Fraktion, nimmt Berichte ab und hat immer ein Ohr für die Sorgen und Nöte ihrer Azubis: „Es ist toll mit diesen jungen Leuten zu arbeiten und zu sehen, wie viel Spaß sie bei der Arbeit hier haben. Und sie bringen einfach auch mal frischen Wind in die Fraktion.“ Ist ja auch aufregend, im Zentrum der politischen Macht unterwegs zu sein. Wo sonst sitzt man in einer Besprechung schon mal neben dem Außenminister?

Das Motiv „Arbeiten in der Politik“ spielt bei der Entscheidung für diesen Ausbildungsplatz für die meisten Bewerber allerdings keine vorrangige Rolle. Die Fraktionen im Bundestag bilden gemeinsam mit dem Bundesverwaltungsamt in zwei Ausbildungsgängen aus: Fachangestellte für Bürokommunikation oder IT-Systemkaufleute. Das BVA koordiniert die Ausbildungen. Hier gehen die Bewerbungen ein und von hier werden die Azubis verteilt. Ob sie also in einer Fraktion eingesetzt werden, einem Ministerium oder einem Amt wissen die Bewerber vorher nicht. Initiativbewerbungen bei der Fraktion selbst seien eher die Ausnahme, so Krecklow.

Auf Fraktionsrallye

Die grüne Bundestagsfraktion bildet seit vier Jahren aus. Die ersten beiden Azubinnen, die im vergangenen Jahr erfolgreich ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben, konnte die Fraktion sogar übernehmen. Sechs Ausbildungsplätze hat die Fraktion insgesamt, zurzeit besetzt mit zwei Frauen und vier Männern.

Marcus wollte nach dem Abitur eigentlich Biologie studieren. Dann hat er sich aber doch für eine Lehre entschieden. Erstmal das Arbeitsleben kennen zu lernen sei auch wichtig, meint er. „Und das auch noch im Bundestag – toll! Hier kriegt man endlich mal die Zusammenhänge von Politik mit.“ Inzwischen hat Marcus die Finanzabteilung gefunden, kann das Paket abliefern und schaut sich gleich interessiert um. Diese Abteilung wird schließlich sein nächster Boxenstopp sein. red |

Info

Wer sich für eine Ausbildung im Bundestag, in Bundesministerien, Fraktionen oder Ämtern interessiert:
→ bundesverwaltungsamt.de

Die Integration von Zuwanderern ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie verlangt in erster Linie nach gleichberechtigtem Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Institutionen.

Multikulti ist noch kein Konzept

VON MARIELUISE BECK

Ist die Integration islamischer Zuwanderer in Deutschland an ausufernden Parallelgesellschaften gescheitert? Die jüngste Debatte legt diesen Schluss nahe. Doch spiegelt die aktuelle Diskussion eher die Verunsicherungen als die Realitäten unserer Gesellschaft. Wir leben längst in einer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft. Daher stellt sich nicht die Frage ob, sondern wie wir den Zusammenhalt in unserer pluralistischen Gesellschaft befördern können.

Einwanderungsgesellschaften sind immer multikulturell. Eine pluralistische Gesellschaft, die sich auf die Wahrung individueller Freiheiten und Bürgerrechte verpflichtet hat, wird das akzeptieren müssen.

Es wäre ein Missverständnis zu glauben, „Multikulturalität“ sei ein Konzept, das den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft herstellen könne. Denn wandern Menschen in eine für sie fremde Gesellschaft ein, gibt es immer auch Konflikte, Verunsicherungen und Kontroversen. Multikulturalität ist eine Tatsache, Integration ist eine Aufgabe.

Die unterschiedlichsten Lebensstile und Lebensentwürfe existieren nebeneinander, miteinander und manchmal gegeneinander. Soll nicht alles auseinander fallen, müssen wir uns über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln dieses Zusammenlebens immer wieder neu verständigen. Das verlangt von allen Seiten die Bereitschaft, etwas zu verändern, Kompromisse einzugehen und sich anzupassen. Je vielfältiger und pluralistischer eine Gesellschaft, desto komplexer und schwieriger ist dieser Prozess der Integration – und umso nötiger.

Die deutsche Gesellschaft tut sich schwer mit der Bestimmung ihrer eigenen Identität. Welche Identitätsangebote können wir da Migranten machen? Unsere hilf- und heillosen Patriotismusdebatten bieten hierbei jedenfalls kaum sinnstiftende Orientierung.

Jenseits einer befriedigenden Antwort auf die Frage der Identität haben Migranten einen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Institutionen. Wo dieser Zugang verweigert oder nicht realisiert wird, entstehen soziale Probleme. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, unterdurchschnittliche Bildungserfolge oder Konflikte in besonders belasteten Stadtteilen werden dann schnell als ethnische Probleme missverstanden. Und die betroffenen Menschen damit eher stigmatisiert als integriert.

Für die aufgebrochene Debatte über Integration gibt es also genügend Gründe. Doch es gibt kein Zurück. Die integrationspolitische „conditio sine qua non“ in dieser Debatte lautet: Einwanderer sind Teil dieser Gesellschaft, sie gehören selbstverständlich dazu. Die Einwanderungsrealität anzuerkennen heißt auch, die zugewanderten Menschen als zugehörig anzuerkennen.

Doch diese Bedingung ist nicht überall erfüllt, die Zugehörigkeit wird in Frage gestellt. Genau dies geschieht, wenn von „unliebsamen Gästen“ geredet wird – und fatal ist hier der Begriff „Gäste“.

Gemeint sind Zuwanderer aus islamischen Ländern. Wer behauptet, der Islam passe grundsätzlich nicht in unser Land, missachtet nicht nur den pluralistischen Geist unserer Verfassung. Er stellt damit auch drei Millionen Menschen außerhalb der Gesellschaft. Die Folgen sind längst da. Problematisch sind nicht nur wachsende Ausländerfeindlichkeit und Islamophobie, zunehmend übrigens auch in der politischen Mitte. Fatal ist ebenfalls das Zusammenwirken von Ausgrenzung und Selbstethnisierung. „Der“ Einwanderer wird im kulturalistischen Diskurs klischeehaft zum „Muslimen“ und „Türken“ – Differenzierung und Veränderung ausgeschlossen. Die pauschalisierenden und ausgrenzenden Töne und Untertöne bereiten den Weg für einen Rückzug, den wir verhindern müssen. Das Wir-Gefühl einer verunsicherten Gesellschaft darf nicht auf Kosten zugewanderter Bevölkerungsgruppen entstehen.

Wir brauchen eine Politik der Einbürgerung: konkret im Sinne einer rechtlichen Integration als Staatsbürger und der Teilhabe an den Chancen, die unsere Gesellschaft bieten kann. Dazu gehört auch ein Angebot zur Identifikation mit dieser Gesellschaft und ihren Werten. Das setzt einen lebendigen Verfassungspatriotismus voraus, zu dem wir Hinzugekommene einladen können. Wir haben also noch einiges zu tun.

Marieluise Beck ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. |



Publikationen

Termine

(Nichts) Neues in Sachen Umwelt?

Umweltkonferenz 2005 am 13. Februar 2005 in Berlin

Die Konferenz greift vier aktuelle umweltpolitische Debatten auf: die Rolle der Umweltbewegung, die Wachstumsfrage, Lebensqualität in Städten und die vermeintliche Renaissance der Atomkraft. Infos: Büro Dr. Reinhard Loske MdB, 11011 Berlin, T. 030/227 71647, reinhard.loske@wk2.bundestag.de

Alternative Wohnformen – Zwischen Heim und Alten-WG Konferenz am 17. Februar 2005 in Berlin

Wohnperspektiven im Alter vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Mit Dr. Henning Scherf sowie weiteren Fachleuten aus Politik, Unternehmen und sozialen Initiativen. Infos: Büro Irmingard Schewe-Gerigk MdB, 11011 Berlin, T. 030/227 71510, irmingard.schewe-gerigk@bundestag.de

Vorschläge für eine neue internationale Finanzarchitektur Veranstaltung am 23. Februar 2005 in Berlin

Fritz Kuhn MdB im Gespräch mit Prof. Dr. Peter Bofinger. Auftakt der Reihe „Neue Weltinnenpolitik zur Gestaltung der Globalisierung“. Infos: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, T. 030/227 56789, weltinnenpolitik@gruene-fraktion.de

Tage des ländlichen Raums

Veranstaltungen am 26. Februar 2005 in Tharandt (Sachsen) und am 5. März 2005 in Heiligenstadt (Thüringen)

Infos: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit, 11011 Berlin, T. 030/227 55040, infoost@gruene-fraktion.de

Trinkwasserversorgung im 21. Jahrhundert Internationaler Kongress am 15. und 16. April 2005 in Berlin

Infos: Büro Winfried Hermann MdB, 11011 Berlin, T. 030/227 53082, winfried.hermann@bundestag.de

Faltblätter:

Nachwachsende Rohstoffe – Ölquellen von morgen F 15 | 54
Zuwanderung mit Weitsicht F 15 | 45
Strom braucht Wettbewerb F 15 | 43
Partizipation von Kindern und Jugendlichen F 15 | 41

Broschüren:

Heute für morgen – nachhaltig grün! B 15 | 56
Freiwilligendienste ausbauen B 15 | 55
Grüne Arbeitsmarktreformen B 15 | 53
Den Sprung geschafft – Reformen 2002-2004 B 15 | 51
Lernen heißt leben. Grüne Bildungspolitik B 15 | 48

Reader:

Weg vom Erdöl – Veranstaltungsdokumentation R 15 | 61
Auf dem Prüfstand: Prostitutionsgesetz R 15 | 60
Nachwachsende Rohstoffe R 15 | 59
Küstenschutz und Küstenwache R 15 | 58
Zwangsheirat – Veranstaltungsdokumentation R 15 | 57
Hartz IV R 15 | 52

Eine vollständige Liste der Publikationen unter
→ gruene-fraktion.de → Service → Publikationen
oder T. 030/227 59062.

Einzelbestellungen unserer Publikationen richten Sie bitte an:
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Infodienst,
z.H. Ingrid Bochynski, 11011 Berlin
oder per E-Mail: public@gruene-fraktion.de

Großbestellungen richten Sie bitte an: Bündnis 90/Die Grünen
Großversand, Weidendamm 1, 15831 Groß-Kienitz,
T. 033708/30903, F. 033708/30905
oder per E-Mail: versand@gruene.de

profil: GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie
erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 € und kann bestellt
werden bei: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion,
Infodienst, z.H. Ingrid Bochynski, 11011 Berlin
oder per E-Mail: public@gruene-fraktion.de

Termine: immer aktuell unter
gruene-fraktion.de → Service → Termine